

Bund Deutscher Rechtspfleger – Landesverband Hessen e. V.  
c/o Amtsgericht, Mathildenplatz 12, 64283 Darmstadt

## Pressemitteilung

5. Oktober 2022

### 500 neue Stellen für die hessische Justiz

**Nur ein guter Anfang. Wichtige Bereiche kommen nach Auffassung des BDR Hessen zu kurz.**

Wie Justizminister Prof. Dr. Poseck am Donnerstag, den 29. September 2022 in Wiesbaden und zuvor bereits bei der Personalrätevollversammlung der ordentlichen Gerichtsbarkeit im Bürgerhaus in Gießen-Wieseck ankündigte, sollen in der hessischen Justiz knapp 500 Stellen in den nächsten zwei Jahren geschaffen werden. Hiervon entfallen 100 Stellen auf Richter/Staatsanwälte und nochmals genauso vielen Stellen sind zur Verstärkung der Serviceeinheiten geplant.

Auf die Rechtspfleger in Hessen entfallen 55 neue Stellen.

Dieser Stellenaufbau ist ausdrücklich zu begrüßen. Er ist aber auch bitter nötig, denn die Belastungssituation – gerade bei den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern – ist viel zu hoch und hat lange Erledigungszeiten bei den Amtsgerichten in wichtigen Bereichen zur Folge.

Während sich die mediale Berichterstattung und demzufolge auch die politische Diskussion auf aus der U-Haft entlassene Straftäter konzentriert, sind die von den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern geführten Verfahren häufig leider nur eine Randnotiz und liegen nicht im Fokus der Politik, wie der Entwurf des Doppelhaushaltes wieder einmal belegt.

Indes betreffen diese Verfahren die hessischen Bürgerinnen und Bürger viel unmittelbarer und gerade in wirtschaftlicher Hinsicht sehr stark. Ein Großteil der Bürgerbeschwerden, die leider in den letzten Jahren in stärkerem Maße zu verzeichnen sind, bezieht sich nämlich auf Grundbuch-, Handelsregister- und Vereinsregistersachen sowie Nachlassverfahren. Hier bestehen aufgrund des Mangels an Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern zum Teil sehr lange Erledigungszeiten. Auch andere wichtige Bereiche wie Zwangsvollstreckungsverfahren, Betreuungsverfahren oder auch die Strafvollstreckung sind von dem Personalmangel im Rechtspflegerdienst betroffen.

An den Entscheidungen, die Rechtspfleger treffen, hängen aber nicht selten Existenzen. Die Rechtspfleger tragen in ihren Zuständigkeitsbereichen wesentlich zur Herstellung des Rechtsfriedens bei und sind Stütze der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

#### Kontakt

Andreas Reichelt - Vorsitzender  
E-Mail:  
andreas.reichelt@ag-darmstadt.justiz.hessen.de  
Tel.: +49 (0) 6151 992 1912  
Fax.: +49 (0) 611 327618223

Mitglied im  **dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion  E.U.R.

#### Postanschrift

**Bund Deutscher Rechtspfleger**  
Landesverband Hessen e. V.  
Andreas Reichelt  
c/o Amtsgericht Darmstadt  
PF: 11 09 51, 64224 Darmstadt

Eine Justizgewährung, die nicht zeitnah erfolgt, beschädigt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat. Ein Aufwuchs von 55 Rechtspflegerstellen ist ein sehr guter Anfang, reicht hingegen nicht aus, um den gegenwärtigen Zustand spürbar zu verbessern.

Dass es den Rechtspflegern in Hessen nicht gut geht, ist nicht nur an den Bearbeitungszeiten und der Belastungssituation zu sehen. Unsere Kolleginnen und Kollegen verlassen den Justizdienst inzwischen in Scharen. Viele Examensabsolventen haben in den letzten beiden Jahren ihre Ernennungsurkunden nicht angenommen bzw. bereits im Justizdienst tätige Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger haben ihre Entlassung aus dem Staatsdienst beantragt. Aus Sicht der Justiz besonders ärgerlich ist es, dass diese Kolleginnen und Kollegen in anderen Bereichen der Landesverwaltung wiederum verbeamtet werden.

Das reißt Lücken, die im aktuellen Bewerberumfeld mangels Bekanntheit und Attraktivität des Berufes nicht zu stopfen sind. Denn Rechtspfleger können anders als Volljuristen nicht auf dem freien Markt „eingekauft“ werden. Sie studieren an verwaltungsinternen Fachhochschulen und müssen zuvor ein Auswahlverfahren durchlaufen, so dass 4 Jahre vergehen werden, bevor der angekündigte Stellenaufbau überhaupt eine Wirkung entfalten kann.

Wir bedanken uns ausdrücklich bei unserem Justizminister für das Engagement, dass er für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der hessischen Justiz zeigt. Unser Appell an die hessische Landespolitik lautet aber:

**Die Rechtspfleger tragen Rechtssicherheit in die Mitte der Gesellschaft. Tun Sie bitte noch mehr für die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in Hessen. Schaffen Sie mehr und höherwertige Stellen für die Gerichte und Staatsanwaltschaften.**

gez. Andreas Reichelt, Vorsitzender